



Dagmar
Enkelmann



Diana Golze



Kirsten
Tackmann



Lothar Bisky



Wolfgang
Neskovic

Die Top Themen der Sitzungswoche

„Deutschland braucht Mindestlöhne“

Die gesamte Fraktion DIE LINKE. unterstützt die SPD-Aktion "Politik für gute Arbeit – Deutschland braucht Mindestlöhne". Oskar Lafontaine und Gregor Gysi haben dem SPD-Vorsitzenden am 28. März die entsprechenden Unterschriftenlisten zugesendet. Die beiden Fraktionsvorsitzenden sowie Klaus Ernst und Lothar Bisky hatten als Erstunterzeichner den Aufruf der SPD zur Einführung von Mindestlöhnen unterschrieben. DIE LINKE. hat den Text in einem eigenen Antrag aufgenommen und wird ihn in den Bundestag einbringen. "Die SPD-Forderungen sind unsere Forderungen seit 2005", begründet Gregor Gysi. Die SPD hat bisher Anträge der Linksfraktion zur Einführung von Mindestlöhnen abgelehnt.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780936660_1604845.pdf

Mehr zu diesem Thema finden sie unter:

<http://www.linksfraktion.de/index.php>



„Verfassungsklage gegen Tornadoeinsatz“

Der vom Bundestag beschlossene «Tornado-» Einsatz in Afghanistan kann vorerst anlaufen. Das Bundesverfassungsgericht wies mit einem am Freitag, den 30.03.07 in Karlsruhe veröffentlichten Beschluss einen Eilantrag der LINKEN gegen die Entsendung der Aufklärungsjets zurück. Zugleich kündigte das Gericht für 18. April eine mündliche Verhandlung über die Organklage der Links-Fraktion an, die zusammen mit dem Eilantrag eingereicht worden war. Erst dann wird entschieden, ob der Einsatz rechtmäßig ist.

Karlsruher Ablehnung des Eilantrages ist kein Freibrief für völkerrechtswidrige Kriegseinsätze der Bundeswehr, Presseerklärung von Normen Paech

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1222533336>

Hier finden sie den Schriftsatz zur Organklage der Linken:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7732847756.pdf>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Anträge in der Sitzungswoche:

„Gesetzentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für politisch Verfolgte im Beitrittsgebiet und zur Einführung einer Opferrente (Opferrentengesetz)“ Drs. 16/4842

Das Gesetz führt die wesentlichen heute noch bestehenden Probleme bei der Rehabilitation und Entschädigung politisch Verfolgter im Beitrittsgebiet einer sachgerechten und für die Opfer befriedigenden Lösung zu. Das in Artikel 1 eingeführte Gesetz über eine Rente für die Opfer politischer Verfolgung würdigt die Zivilcourage dieser Menschen.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751164958_1604842.pdf

„Unternehmen leistungsgerecht besteuern – Einnahmen der öffentlichen Hand stärken“ Drs. 16/4857

DIE LINKE. zielt mit dem Antrag auf eine leistungsgerechte Besteuerung von Unternehmen, Stopp der fortgesetzten Entlastung von Unternehmen, Stärkung der Einnahmen der öffentlichen Hand, Beibehaltung des Körperschaftsteuersatzes sowie einer Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7738872432_1604857.pdf

„Steuerpflichtige mit mehr als 500.000 Euro Einkommen gleichmäßig und regelmäßig prüfen“ Drs. 16/3699

Die Fraktion DIE LINKE. greift die Vorschläge des Bundesrechnungshofs zum Steuervollzug bei Einkommensmillionären konsequent auf. Damit soll deren gesetzeswidrige Besserstellung wirksam bekämpft werden.

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748523794_1603699.pdf

„Einsatz des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan beenden“ Drs. 16/4674

Widerruf der Genehmigung des Einsatzes des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan. Einstieg in den Ausstieg. Deutsche Soldaten sollen nicht weiter an kriegेरischen Handlungen beteiligt sein. http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7727378608_1604674.pdf

„Das Mandat für die Operation Enduring Freedom beenden – Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan einstellen“ Drs. 16/121

DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, die Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan unverzüglich zu beenden und den Abzug der Bundeswehrkontingente im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) und Active Endeavour (OAE) insgesamt einzuleiten. Die für den militärischen Einsatz vorgehaltenen Finanzmittel sind für zivile Projekte vor Ort zu verwenden. http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794510087_1600121.pdf

Hinweis:

Dies stellt nur einen kleinen Überblick der aktuellen Sitzungswoche dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Anträge und Debatten der Sitzungswochen finden Sie unter:

<http://www.linksfraktion.de/nachricht.php?artikel=1413177764>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppe aus der Sitzungswoche

Lothar Bisky:

„GEZ-Gebühren bei Hartz IV rechtswidrig“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1215273161>

Diana Golze:

„Junge Leute mit PPP-Stipendium für ein Jahr in die USA“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1232939851>

„Herausragende medienpädagogische Projekte“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1221840804>

„Wir nehmen die SPD in Sachen Mindestlohn beim Wort“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1227517420>

Wolfgang Neskovic:

„Cottbus ist auf dem richtigen Weg“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1254463827>

„Die traurige Konsequenz der Brandenburger Energiepolitik“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1219647335>

Dagmar Enkelmann:

„Offen für alle – DIE LINKE. beim Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag!“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1221150994>

Kirsten Tackmann:

„EU-Kommission mahnt Bundesregierung ab“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1289938872>

„Schwangerschaftsabbruch gehört zur Selbstbestimmung der Frau“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1292713504>

„Saisonbeschäftigung muss verstetigt werden“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1263558046>

„Gentechnik und Pestizide: Alle gegen Maja!“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1233119677>



Redebeiträge dieser Sitzungswoche

Kirsten Tackmann

„Gesetz trägt nicht zur Lösung der Probleme des Absatzfond bei“

Rede zur 3. Lesung des Gesetzes zur Änderung des Absatzfondgesetzes und des Holzabsatzfondgesetzes, DS 16/4692 und 16/4149; Die Rede wurde zu Protokoll gegeben.

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1364672810>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere Beiträge

Wolfgang Neskovic: DIE LINKE. fordert den Rücktritt von Steinmeier

Die Vernehmung von Außenminister Steinmeier im Untersuchungsausschuss hat gezeigt: Er hatte es als Chef des Bundeskanzleramtes unter rot-grün zu verantworten, dass die Bundesregierung den rechtsstaatlichen Konsens bei der Bekämpfung des Terrorismus nach dem 11. September 2001 aufgekündigt hat.

Die Entscheidung von rot-grün, Herrn Kurnaz nicht nach Deutschland zurückkehren zu lassen, war zynisch. Der Mensch Murat Kurnaz saß dabei nicht mit am Tisch. Das Schicksal von Herr Kurnaz, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist und dessen Familie seit Jahrzehnten in Bremen lebt, wurde von Herrn Steinmeier lange, allzu lange, als türkische Angelegenheit betrachtet.

Die Menschenwürde gilt aber nach dem Grundgesetz nicht nur für deutsche Staatsangehörige, sondern für alle Menschen. Sie zu achten und schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Im krassen Widerspruch dazu versuchte die rot-grüne Bundesregierung aktiv, die Heimkehr nach Deutschland mit allen Mitteln zu verhindern.

Dazu missbrauchte sie das Ausländerrecht. Murat Kurnaz hatte danach ein Recht in Deutschland zu sein. Dieses Recht sollte ihm in grob rechtswidriger Weise genommen werden. Zur Begründung wurde angeführt, Herr Kurnaz sei nicht innerhalb der vorgeschriebenen sechs Monate wiedereingereist. Wie soll aber jemand, der ohne jeden Kontakt zur Außenwelt in dem Folterlager auf Guantanamo interniert ist, dies anstellen? Die Bremer Justiz hat der rot-grünen Bundesregierung die Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens in aller zu wünschenden Klarheit bescheinigt und so den Weg für seine Rückkehr frei gemacht. Erst die neue Bundesregierung brachte den politischen Willen auf, ihn aus seiner hilflosen und unerträglichen Lage zu befreien. Damit endete die Leidenszeit von Murat Kurnaz aber noch nicht.

Seit seiner Rückkehr ist er nicht nur Folteropfer sondern auch Opfer einer üblen Verleumdungskampagne: In seiner Vernehmung hat ihn Herr Steinmeier entgegen allen inzwischen im Untersuchungsausschuss ermittelten Tatsachen als nach wie vor gefährlichen Islamisten dargestellt. Auf dem Rücken von Herrn Kurnaz versucht Herr Steinmeier so, seine politische Haut zu retten.

Dies zeigt indes nur eines: Nicht Herr Kurnaz ist eine Gefahr für den Rechtsstaat, sondern die menschenverachtende Politik, die Herr Steinmeier zu verantworten hatte und die er bis heute nicht bereut. Die Forderung nach seinem Rücktritt ist deshalb nur konsequent.

„Steinmeier ließ sich von rechtsstaatswidriger Verfolgungspraxis der Amerikaner anstecken“

Wolfgang Neskovic im O-Ton auf der gemeinsamen Pressekonferenz der Obleute der Oppositionsfraktionen am 28.03.2007

Audiodatei: <http://medien.linksfraktion.net/audio/7722335002.mp3>